

Liebe Münderanerinnen und Münderaner, liebe Gäste von außerhalb!

Erich Kästner hat gesagt: "Wer das, was schlimm war, vergisst, wird dumm."

Im vergangenen Jahr haben wir im Museum Bad Münder eine Ausstellung über die NS-Zeit in unserer Region gezeigt. Unsere Besucherinnen und Besucher konnten hier nachvollziehen, wie sich die Menschen vor 1933 radikalisiert haben und wie die Demokratie nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten binnen weniger Wochen zerstört wurde.

Ganz oft wurde die besorgte Frage gestellt, ob wir denn schon wieder so weit seien.

Geschichte wiederholt sich nicht 1 : 1, aber erschreckender Weise gibt es tatsächlich viel zu viele Parallelen zwischen dem, was wir seit einigen Jahren erleben, und den 1920er und 30er Jahren.

Ich will kurz auf 2 Bereiche eingehen, auf die sich die Rechtsextremen von heute konzentrieren und die direkt aus den Handlungsanweisungen der Nationalsozialisten zu stammen scheinen:

Das erste ist die Zerstörung unseres politischen Systems.

Adolf Hitler hatte für die Mitglieder von Parlamenten nur Verachtung übrig. Nach eigener Aussage schickte er seine Abgeordneten der NSDAP 1928 in den Reichstag, mit dem ausdrücklichen Auftrag, mitzuhelfen, dass der Parlamentarismus schnell untergeht.

Diesen Eindruck vermitteln auch heute Rechtsextreme in unseren Parlamenten. Sie arbeiten nicht konstruktiv und problemorientiert mit, sondern nützen das Parlament als „Bühne“, um sich als „Opfer“ zu inszenieren und ihre mediale Aufmerksamkeit zu steigern. 2016 wurde ein Strategiepapier bekannt, in dem es hieß, man müsse „ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch unkorrekt sein, zu klaren Worten greifen und auch vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken“. - Hass und Konfrontation nehmen seitdem erschreckend zu.

Erst vor wenigen Wochen forderte ein Brandenburger Landtagsabgeordneter die Abschaffung des „Parteienstaats“ - eine Maßnahme, die die Nationalsozialisten 1933 in kürzester Zeit umsetzten und damit die Alleinherrschaft der NSDAP ermöglichten.

Das alles ermutigt noch radikalere Gegner unserer Demokratie und unserer Verfassung.

Sogenannte „Reichsbürger“ bestreiten die Existenz der BRD und lehnen die gesamte deutsche Rechtsordnung fundamental ab. Durch Straftaten sollen die Einrichtungen der Bundesrepublik destabilisiert und rechtmäßiges staatliches Handeln verhindert werden.

Bei Razzien gegen rechtsextreme Organisationen in den letzten Jahren wurden nicht nur Waffenlager, sondern auch sogenannte „Todeslisten“ mit tausenden Namen und Adressen gefunden, darunter vor allem auch von Politikerinnen und Politikern. Wir erinnern uns an den 2019 begangenen Mord an dem Regierungspräsidenten Lübcke in Kassel durch einen Rechtsextremisten.

Und hier schließt sich der Kreis wieder:

1921 wurde der Zentrums Politiker Matthias Erzberger von einer rechts-terroristischen Organisation ermordet, 1922 der Außenminister Walther Rathenau.

Die zweite Bedrohung unseres Zusammenlebens ist die massive Ausländerfeindlichkeit. Migranten sollen als „Sündenböcke“ für alles herhalten, was in unserem Land angeblich schief läuft. Auch das ist ein Griff in die Mottenkiste des Rechtsextremismus. Schon vor der NS-Zeit stempelte man die Juden zum Sündenbock für alle Probleme - die Kriegsniederlage, die Arbeitslosigkeit und die Inflation.

Wir erleben heute eine zunehmend "aggressiv fremdenfeindliche Rhetorik", die sich auch nicht vor Anleihen bei den Nationalsozialisten scheut: Diese beschimpften die Juden als „Schmarotzer und Schädlinge“, und vor wenigen Jahren verkündete ein Bundestagskandidat, die deutsche Volksgemeinschaft leide unter einem „Befall von Parasiten“. Es ist leider nur die Spitze des Eisberges vieler ähnlicher verbaler Entgleisungen.

Und mittlerweile macht man weitere Anleihen aus der Nazizeit: Ein Spitzenkandidat für die Europawahl in Rheinland-Pfalz schimpfte im vergangenen Jahr gegen ausländische Esskultur in Deutschland. Ausländische Restaurants sollen unter Druck gesetzt werden. - Wie nah sind wir da schon an der Forderung der Nationalsozialisten „Kauft nicht bei Juden“ ?

Und beim Potsdamer Treffen im vergangenen November wurde offenbar deutlich ausgesprochen, dass es darum geht, das Leben für Ausländer in Deutschland „möglichst unattraktiv“ zu machen. Genau das war bis 1940 die Methode der Nazis, jüdische Mitbürger zur Auswanderung zu drängen.

Als Ziel einer solchen erzwungenen Auswanderung wird über einen Musterstaat in Nordafrika fabuliert, der 2 Millionen Menschen aufnehmen könne. Die Nazis wollten 4 Millionen Juden auf die Insel Madagaskar deportieren.

Und natürlich gibt es auch hier wieder radikalisierte Straftäter, die solche Gedankenspiele als Rechtfertigung für ihre Taten begreifen mögen. Der sogenannte „Nationalsoz. Untergrund“ ermordete schon zwischen 2000 und 2007 neun Migranten und eine Polizistin, verübte 43 Mordversuche, drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, die Pläne der Rechtsextremen sind noch viel umfassender und stellen unsere gesamte heutige Gesellschaft und ihre Errungenschaften in Frage – nicht nur unsere ausländischen Mitmenschen, sondern auch wir würden uns wohl in einem Alptraum wiederfinden, den sich kaum einer wünschen dürfte.

Sind wir dieser Entwicklung hilflos ausgeliefert? Nein, wir können diesmal etwas anders machen. Die Demokratie ist kein Geschenk, das wir weiter genießen können, ohne etwas dafür zu tun.

Wir dürfen uns nicht passiv in solche Verhältnisse hineinziehen lassen! Die Hoffnung, dass irgendwie doch noch alles gut wird, reicht alleine nicht mehr.

Wir müssen aktiv werden - - und dazu wieder ein Zitat von Erich Kästner:  
„An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern.“

Wir können dies alles nur aufhalten, wenn wir deutlich zeigen,  
dass wir diesen Weg nicht wollen,  
dass wir den Hass, der in unsere Gesellschaft getragen werden soll, nicht akzeptieren,  
dass wir Feindseligkeiten und Hetze nicht unwidersprochen lassen,  
dass wir selbstbewusst unsere Demokratie verteidigen,  
dass wir hier und überall zeigen und auch sagen, dass **wir** die Mehrheit und gemeinsam stärker sind !

Vielen Dank für dieses ermutigende Zeichen heute!

Dr. Kai Witthinrich